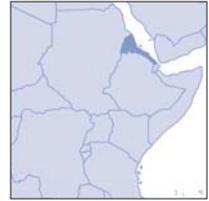


## Eritrea

Einwohner:	Religionszugehörigkeit:	
5,9 Millionen	Muslime	50 %
	Christen	48 %
	Sonstige	2 %



### Schwierige Menschenrechtslage

Nach Angaben des US-amerikanischen Außenministeriums sind in Eritrea zwischen 1200 und 3000 Menschen – die meisten davon sind Christen – wegen ihres religiösen Glaubens in Gefängnissen inhaftiert. Sie wurden zu meist verhaftet, weil sie an Gottesdiensten von staatlich nicht registrierten religiösen Gemeinschaften teilgenommen haben. Viele der Gefangenen wurden ohne fairen Gerichtsprozess eingesperrt. Die Haftbedingungen sind äußerst problematisch und gefährden die Gesundheit der Inhaftierten. Christen, die diese schlimme Situation überlebt haben, berichteten, dass viele Zellen völlig überfüllt waren und dass es weder sanitäre Anlagen noch ausreichende Belüftung gab. Andere berichteten, dass sie in Schiffscontainern eingesperrt waren, die sich unter der gleißenden Sonne extrem stark aufheizten. Viele Betroffene berichteten von Misshandlungen und Folter.

Der UN-Menschenrechtsrat berichtete im Juni 2015 in einer Untersuchung von „systematischen, weit verbreiteten und massiven Menschenrechtsverletzungen, ausgeübt von staatlichen Behörden“. Die Unterdrückung der Bevölkerung – manche Beobachter sagen, sie käme einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit nahe – hat zu einer Massenflucht geführt, was die Lage in dem Land noch weiter verschlimmert, wie katholische Bischöfe berichteten. Wie das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) berichtet, sollen rund zwölf Prozent aller Eritreer im Ausland im Exil leben, zum Beispiel in Äthiopien oder im Sudan. Viele Flüchtlinge aus Eritrea schlagen sich inzwischen auch nach Europa durch. Allein im Jahr 2016 sollen 52 000 Menschen aus dem Land geflüchtet sein.

### Autoritärer Einparteienstaat

Nach einem dreißigjährigen Unabhängigkeitskrieg gegen Äthiopien erlangte Eritrea im Jahr 1993 die politische Unabhängigkeit von Äthiopien.

Seitdem wird das Land von der „Volksfront für Demokratie und Gerechtigkeit“ regiert und beherrscht, die aus der Unabhängigkeitsbewegung der Eritreischen Volksbefreiungsfront hervorgegangen ist. Präsident und Regierungschef ist seither Isayas Afewerki. Die 1997 verabschiedete Verfassung des Landes ist nie in Kraft getreten. Eritrea ist ein Einparteienstaat, eine organisierte politische Opposition existiert nicht. Das Parlament tritt nur dann zusammen, wenn der Präsident es dazu aufruft. Das war zum letzten Mal im Jahr 2001. Damit ist das Parlament praktisch inaktiv. Alle wesentlichen Entscheidungen werden vom Präsidenten getroffen.

Zum Nachbarstaat Äthiopien bestehen nach wie vor gravierende Spannungen wegen des Grenzverlaufs. Von 1998 bis 2000 kam es zu einem blutigen Krieg um die Grenze. Der Grenzverlauf wird bis heute auch durch Truppen der Vereinten Nationen gesichert. Der ungelöste Grenzkonflikt hat in Eritrea zu einer Militarisierung der Gesellschaft geführt. Alle Männer unter 40 Jahren sind zu einem zweijährigen Militärdienst verpflichtet. Oft wird die Dienstverpflichtung aber sehr willkürlich auf mehrere, manchmal viele Jahre verlängert. Der Dienst in der Truppe erfolgt zumeist unter sehr harschen Bedingungen. Die Vereinten Nationen sprechen in diesem Zusammenhang von einer Art „Zwangsarbeit, durch die viele Eritreer misshandelt, ausgebeutet und versklavt“ werden. So ist es oft auch dieser Militärdienst, den viele Flüchtlinge aus Eritrea als Fluchtgrund angeben.

Die katholische Kirche in Eritrea äußert sich seit Jahren kritisch zu dem in Eritrea praktizierten Militärdienst. Sie hat auch Protest dagegen eingelegt, dass auch katholische Priester zum Militär eingezogen werden. Christliche Gruppen, die aus Gewissensgründen einen Militärdienst ablehnen, haben mit erheblichen Problemen zu kämpfen. Im Juni 2014 veröffentlichten die vier katholischen Bischöfe in Eritrea einen Brief unter dem Titel „Wo ist dein Bruder?“, in dem sie auf die Missstände im Land Bezug nahmen. Sie beklagten den Zerfall der Familien, deren Mitglieder entfernt voneinander leben, weil die Militärzeit so lange dauere. Zum Teil befänden sich Familienmitglieder im Gefängnis oder in Rehabilitations-Einrichtungen. Oft komme es vor, dass ältere Menschen sich selbst überlassen blieben. „Dies alles führt zu desolaten Zuständen in unserem Land“, so die Bischöfe. Manche Beobachter fürchteten, das Regime könne auf diese kritischen Worte der Bischöfe mit Repressionen gegen die Kirche antworten.

## Religionsgemeinschaften in Eritrea

Vom Staat offiziell anerkannt sind vier Religionsgemeinschaften: die Eritreisch-Orthodoxe Tewahedo-Kirche mit rund zwei Millionen Gläubigen, die Eritreisch-Katholische Kirche mit rund 150 000 Gläubigen, die Evangelisch-Lutherische Kirche mit weniger als 100 000 Mitgliedern und der Islam, zu dem sich etwa die Hälfte der knapp sechs Millionen Einwohner Eritreas bekennt.

Der Patriarch der Eritreisch-Orthodoxen Tewahedo-Kirche, Abune Antonios, steht seit 2005 unter Hausarrest. Er hatte die Einmischung des eritreischen Regimes in innere kirchliche Angelegenheiten kritisiert und war daraufhin von einer Synode, die offenkundig nicht ordnungsgemäß einberufen worden war, seines Amtes enthoben. Im Mai 2007 wurde dann ein von der Regierung gebilligter Patriarch eingesetzt: Abune Dioskoros. Bis zu seinem Tod im Dezember 2015 war er der vierte Patriarch von Eritrea, wurde jedoch von anderen Koptischen Kirchen bzw. dem Großteil des eritreischen Klerus und von den Gläubigen nicht anerkannt.

## Unterdrückung nichtregistrierter Gemeinschaften

Vom Staat nicht anerkannte Religionsgemeinschaften, zum Beispiel freikirchliche Gruppen, werden vom Regime rücksichtslos unterdrückt, besonders wenn sie missionarisch aktiv sind. Sie dürfen ihren Glauben nicht praktizieren und leben mit der ständigen Angst, entdeckt und verhaftet zu werden. Das Regime betrachtet solche Gruppen als Gefahr für den Staat und lässt sie über seine Geheimdienste und Spione aufspüren. Durch Anschläge auf ihre Wohnungen, willkürliche Verhaftungen, Misshandlungen und Folter werden diese Gruppen eingeschüchtert und unterdrückt. Zuweilen wird auch von Todesopfern berichtet. Seit einem gescheiterten Putschversuch einer kleinen Gruppe von Militärangehörigen im Januar 2013 soll die Unterdrückung von Oppositionellen und die Verfolgung nichtregistrierter religiöser Gruppen noch weiter zugenommen haben.

Im Jahr 2017 berichtete die US-Kommission für Religionsfreiheit weltweit (USCIRF), dass evangelikale und freikirchliche Christen während ihrer Haft unter Druck gesetzt worden seien, ihrem Glauben abzuschwören, um da-

durch freizukommen. Den Gefangenen sei es nicht erlaubt gewesen, laut zu beten, zu singen, über ihren Glauben zu sprechen oder religiöse Bücher zu besitzen.

Es gibt Berichte, wonach in Eritrea seit einiger Zeit militante islamistische Gruppen zunehmend aktiv sind, womöglich mit Zustimmung des Regimes, darunter auch Milizen der al-Shabaab-Bewegung, die in Somalia ihren Schwerpunkt hat. Das eritreische Regime soll sogar Waffen an al-Shabaab geliefert haben.

## **Quellen**

- *Agenzia Fides (missionarischer Nachrichtendienst der katholischen Kirche)*
- *Deutsche Welle (DW): [www.dw.com](http://www.dw.com)*
- *Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)*
- *Human Rights Watch*
- *Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)*
- *Katholische Nachrichtenagentur (KNA)*
- *Radio Vatikan, Newsletter*
- *U.S. Department of State: International Religious Freedom Report (IRFR), 2016*
- *U.S. Commission on International Religious Freedom (USCIRF): Annual Report 2017*